

Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung: Der Mut, Legenden zu zerstören

Die Decke kritischer materialistischer Historikerinnen und Historiker ist dünn geworden. Die demografischen Zwänge sind nicht aufzuhalten; nur wenige aus den Generationen von DDR-marxistisch sozialisierten Historikern und von jenen, die durch die bundesdeutsche Studentenbewegung geprägt wurden, stehen noch zur Verfügung. Die nachwachsende junge Generation legt zwar – so sie den Mut und die Betreuer dazu hat – gute und anregende Graduerungsarbeiten vor, aber die meisten müssen zugunsten von wissenschaftsfernen Brotberufen und anderen Zwängen ihr Arbeitsgebiet verlassen. Dazu kommt, dass im deutschsprachigen Raum historische Zeitschriften mit kritischem, materialistischem Ansatz rar sind. *Arbeit-Bewegung-Geschichte* (s. Z 135), *die Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (s. Z 132), *Sozial.Geschichte Online* (s. Z 133) und die hier mit ihren beiden aktuellen Heften zu besprechenden *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (BzG) sind Ausnahmen jenseits des akademischen Betriebes. Sie sind meist das Produkt von enthusiastischen, aber doch recht einsam agierenden Wissenschaftlern mit mühsam gestrickten Netzwerken, die nicht wollen, dass der Mainstream mit seinem herrschaftsnahen, personalisierten Geschichtsbild, seinem Verzicht auf die Frage nach den sozial-ökonomischen Grundlagen von Geschichtseignissen und seiner Ausblendung wissenschaftlicher Parteinahme in den Klassenkämpfen das letzte Wort behält.

Hier kann nur auf wenige Highlights in den beiden aktuellen Heften der *BzG* verwiesen werden.¹ *Berthold Werlein* wendet sich im Heft 3/23 der Hungersnot in der Sowjetunion 1932/33 zu und argumentiert auf der Basis seriöser Untersuchungen zu Fakten und Interpretationen dieses grausigen Kapitels sowjetischer Geschichte. Keinesfalls taugt es als »Opfer- und Gründungs-Mythos« für die heutige Ukraine, der als »Holodomor« mittlerweile durch den Bundestag zum Teil deutscher Staatsdoktrin erhoben wird. Diese Vorgänge werden aus nachvollziehbarem Grund von der postsowjetischen Ukraine und ihren neuen Verbündeten als Völkermord durch Hunger charakterisiert.

Seit der Perestroika liegen die Umstände der Hungersnot offen und sind nach dem Untergang der UdSSR wohlbekannt. Dass hier um die 6-7 Millionen Menschen ums Leben kamen, darunter drei Millionen ukrainische Sowjetbürger ist (jenseits aufgebauschter Statistiken) unumstritten. Die Ukraine stellt die größte Opfergruppe, Kasachstan verlor im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung den größten Prozentsatz an Menschen, Russen traf es ebenfalls hart. Überstürztes Kollektivieren, der Umgang mit den Bauern als Klassenfeinden, Ignoranz und Fehlentscheidungen und der Getreideexport trugen zu den verheerenden Folgen bei. Die heute erfolgende »Nationalisierung« dieser Hungersnot als Gewalttat gegen

1 Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3/2023 und 4/2023. trafo Wissenschaftsverlag, Berlin ISSN 0942-3060, jeweils ca. 180 Seiten, 16,00 Euro – <http://www.trafoberlin.de/geschichte-der-arbeiterbewegung/>

Ukrainer und die Bauernschaft wird von Werlein verworfen. Dass er hier zielgerichtet jene Untersuchungen heranzieht, die jenseits aller Spekulationen harte Fakten liefern, ist dankenswert. Das relativiert den massenhaften Tod nicht, rückt ihn aber in reale Dimensionen. Es bleibt unbestritten, dass die Sympathien der Moskauer Führung nicht der bäuerlichen Gesellschaft in der Ukraine und in der ganzen Sowjetunion galten. Sie waren Teil der Vergangenheit, in der gegebenen Situation sollten sie schnell und mit – wenn notwendig – Gewalt in eine »sozialistische« Gesellschaftsstruktur getrieben werden und als Kolchosbauern ihren Beitrag leisten. Dass dies mit rigiden Methoden praktiziert wurde ist unstrittig, dass die Landwirtschaft Getreide und Produkte für das Land, – der, nebenbei bemerkt, unterversorgten – Städte und damit für die Industrialisierung liefern sollten und für den Export zusammengetrieben wurden, gehört zum Grundverständnis für die Politik Stalins und jener der sowjetischen Kommunisten.

Ulrich Busch wendet sich im Heft 4/23 der deutschen Hyperinflation vor 100 Jahren zu, die im damaligen politischen Kontext verheerend wirkte, deren Schatten aber bis heute die Furcht vieler Bürger und Bürgerinnen vor Krise und sozialem Abstieg befördert und ein wichtiger Indikator politischer Krisen ist. »Die Folgen« der damaligen Geldentwertung, schreibt Busch, »waren jedoch katastrophal. Insbesondere die letzte Phase der Geldentwertung, die Hyperinflation von 1922/23, war für große Teile der Bevölkerung mit Not und Elend verbunden und hatte zu einem gravierenden Vertrauensverlust in die Währung, die Finanzpolitik und die staatliche Ordnung der Weimarer Republik geführt. Sie hat daher im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung ein tief sitzendes und bis heute nicht überwundenes Trauma hinterlassen.« (3)

In Heft 4 findet eine sich über sechs Hefte hinziehende Diskussion um die DDR-Geschichte, angeregt durch *Siegfried Prokops »Probleme der Geschichte der DDR. Die Ulbricht-Ära (1950–1970)«* (Berlin 2022; vgl. die Besprechung in Z 131), einen vorläufigen Abschluss. Ein knappes Dutzend historisch oder politisch engagierter Zeitgenossen (leider nicht -genossinnen) nutzen die Gelegenheit, Fragen zu relevanten Problemen der Geschichte und ihren Wendemarken zu stellen und zu überlegen, warum die Geschichte des deutschen Ostens auch heute noch wichtig sein könnte. *Günter Benser*, einer der Nestoren der DDR- und SED-Geschichtsschreibung, resümiert: »Es wäre zu begrüßen, wenn sich ein begnadetes Genie finden ließe, das Prokops Angebot und die vorgetragenen (sich nicht selten widersprechenden) Überlegungen in einem Guss zu verschmelzen vermöchte. Aber das gliche einem Wunder. So werden wir es weiterhin mit voneinander abweichenden Darstellungen und Interpretationen zu tun haben.« (148)

Generell bleibt das Problem, wer künftig sich mit den grundlegenden Fragen der Geschichte des 19. bzw. 20. Jahrhunderts mit seinen Klassenkämpfen und der Systemauseinandersetzung, mit den Erfolgen und Spaltungen, aber auch der Tragik der Linken auseinandersetzen können. Es wird gerade in der sich neu formierenden Welt mit ihrem offenkundigen Defizit an linker Gegenmacht und linken Gegenmächtigen unerlässlich, wieder den Blick auf die großen Zusam-

menhänge zu werfen. Die Krise der Linken heute hat auch etwas mit der Krise sowie dem Verschwinden einer kritischen, gar marxistischen Geschichtsschreibung und deren uns verlassenden Akteuren zu tun. – Berichte, Rezensionen und leider auch Nachrufe runden die Hefte ab.

Stefan Bollinger

Lunapark21: Ein Nachruf auf die Zeitschrift und ihren Chefredakteur Winfried Wolf

Radikale Ökologie und radikaler Marxismus, das war es, was Winfried Wolf meisterhaft vereinen konnte, und dies sowohl in analytischer wie in aktivistischer Hinsicht. Er starb 74jährig am 22. Mai 2023 in Berlin. Ich habe (als Verleger von Promedia) mit ihm einen der wichtigsten Autoren, einen politischen Reibebaum (als ständig Diskussionsbereitem) und einen Freund verloren.

Acht Jahre lang war Winfried Wolf Mitglied des Deutschen Bundestages, für den er 1994 in der Rolle eines Parteilosens kandidierte und bald darauf der PDS beitrug. Als deren verkehrspolitischer Sprecher legte er bereits von 30 Jahren Konzepte gegen den umweltvernichtenden und platzraubenden Individualverkehr vor und plädierte für eine grüne Wende, die seiner Meinung nach ohne Sozialismus nicht zu machen war.

Idealistische Weltverbesserungsvorschläge waren ihm fremd; als Schüler von Ernest Mandel konnte er Gesellschaft nicht ohne die Gegensätzlichkeit von Kapital und Arbeit denken. Eindrucksvoll und gewohnt kompromisslos argumentierte er auch in einem seiner letzten Bücher *Mit dem Elektroauto in die Sackgasse*, warum der Hype um individuelle E-Mobilität in erster Linie dem Druck von verwertungshungrigem Kapital (sowie chinesischen Verkehrsvorgaben) folgt und umweltpolitisch kontraproduktiv ist. Weil seiner Analyse viele in der eigenen Partei nicht folgen wollten, trat er 2004 aus der PDS aus.

Die parteipolitische Freiheit füllte Winfried Wolf mit vier Projekten, die ihn bis zu seinem Lebensende beschäftigten: Dies waren die Gründung der einmal im Quartal erscheinenden *Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie*, die Herausgabe der *Zeitung gegen den Krieg*, der Bürgerprotest gegen das Städte- und Verkehrsprojekt »Stuttgart 21 und die Organisation des deutschweiten Netzwerks »Bahn für Alle«. Letzteres ist ihm, was seine politischen Vorstellungen betraf, entglitten.

Winfried Wolf war nicht bloß umtriebig, er war besessen. Und mit dieser politischen Besessenheit zog er viele Menschen in seinen aktivistischen und publizistischen Bannkreis. Bei der Zeitschrift *Lunapark21*, zu deren inneren Kreis ich selbst zählte, reichten seine Fühler von Georg Fülberth bis Karl-Heinz Roth, vom kürzlich verstorbenen Thomas Kuczynski bis Gisela Notz. Winfried Wolf war zudem Netzwerker einer trotzkistischen, autonomistischen und feministischen Linken. 62 Ausgaben der *Lunapark21* hat Winfried Wolf als Chefredakteur be-

treut. Ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal der Zeitschrift bestand in der graphischen Aufarbeitung und statistischen Darstellung wirtschaftspolitischer Entwicklungen. Anders als bei anderen linken Publikationsprojekten, achtete man auf ein ansprechendes Layout und vermied Bleiwüsten. Das Inhaltsverzeichnis der letzten Ausgabe spiegelt paradigmatisch die Bandbreite der Themen wider, denen sich die zehnköpfige Redaktion widmete: Neben antiimperialistischen Beiträgen wie z. B. zur westlichen Kanonenboot-Politik im Indopazifik standen sozialpolitische Texte wie jener über die Rentenreform in Frankreich oder ökologische Kritik – zum Desaster der geplanten Elbvertiefung oder den Folgekosten der Pestizid-Landwirtschaft – im Fokus.¹ Thomas Kuczynskis letzter Text, »Kapitalismus ohne Wachstum?«, verbindet die aktuellen Katastrophen mit Überlegungen von Friedrich Engels zur fallenden Profitrate.

Politisch überworfen habe ich mich mit Winfried Wolf in der Frage der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie. Sein Einsteigen für eine »Zero-Covid«-Politik werte ich auch heute noch als grobe politische Fehleinschätzung. In den immensen Staatsausgaben für die Pharmaindustrie und den meines Erachtens autoritär verordneten Lockdowns sah er eine gesundheitspolitische Aktion, die er noch toppen wollte. Hoch anzurechnen war ihm allerdings, dass er meine gänzlich gegensätzliche Auffassung zwar politisch nicht teilte, zugleich aber so kollegial war, dass sich diese »Gegnerschaft« nicht negativ auf unser persönliches Verhältnis auswirkte. Dafür – und für vieles andere, was ich von Winfried Wolf gelernt habe – kann ich mich leider nicht mehr bei ihm bedanken. Hochachtung und Respekt vor einem großen Linken bleiben und ein wenig Stolz, dass ich jahrelang mit ihm zusammenarbeiten durfte.

Hannes Hofbauer

1 Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie, Heft 62, sämtliche Ausgaben sind online einzusehen: <https://www.lunapark21.net/category/hefte/>

New Left Review: »Politischer Kapitalismus« als neues Akkumulationsregime?

In der Zeitschrift *New Left Review* (Nr. 140/41) wird die Diskussion um die Thesen von *Robert Brenner* und *Dylan Riley* zum »Politischen Kapitalismus« als neuem Akkumulationsregime in den USA fortgeführt.¹ In Z 134 wurden diese Thesen von mir kurz vorgestellt. Inzwischen gibt es eine breitere Debatte in linken US-Zeitschriften dazu. In *NLR* äußerte sich *Tim Barker* kritisch dazu, eher zustimmend z. B. *Aaron Benanav*.

In *NLR* 142 präsentiert *Lola Seaton* eine Zwischenbilanz der Debatte und ihre eigene Einschätzung: »In den »vorläufigen Thesen« (von Brenner & Riley, K.D.) wurde versucht, konjunkturelle Entwicklungen – Wahlergebnisse, Regierungs-

1 *New Left Review*, 140/141, März/Juni 2023, <https://newleftreview.org/issues/ii140>. Übersetzung aller Zitate durch den Autor.

politik – zu erfassen, indem sie mit einem ›tiefgreifenden Strukturwandel‹ innerhalb des amerikanischen Kapitalismus in Verbindung gebracht wurden, nämlich der Entstehung eines ›neuen Akkumulationsregimes‹.² Brenner & Riley konstatieren: »Nennen wir es politischen Kapitalismus«, bei dem »rohe politische Macht und nicht produktive Investitionen die Hauptdeterminante für die Rendite sind.«

Zur Kontroverse führt Seaton aus: »Tim Barker und Aaron Benanav greifen in erster Linie Rileys und Brenners Charakterisierung und Kritik der ›Bidenomics‹ als grün angestrichenen Keynesianismus ohne Wohlstand auf. Ebenso beziehen sie sich auf Brenners Darstellung des langen Abschwungs der Weltwirtschaft seit den 1970er Jahren, eine Rezession, die z. B. *Ernest Mandel* schon in den 1980er Jahren als »lange Welle mit stagnativem Grundton« bezeichnete.³ Dies sei der Hintergrund für Brenner & Rileys »außerordentlich gewagte Behauptungen zur Zukunft des Kapitalismus und zur Durchführbarkeit verschiedener politischer Projekte.« Barker diskutiert empirische und theoretische Fragen zur Bedeutung der Profitrate im verarbeitenden Gewerbe, auf denen die Thesen von Brenner & Riley beruhen. Er schlägt eine andere Periodisierung der Entwicklungen des US-Kapitalismus und des veränderten Wahlverhaltens (hinsichtlich der vergangenen zwei US-amerikanischen Wahlen) vor.

Benanav ergänzt hingegen Brenners Ansatz. Er verweist auf die Verlagerung der Nachfrage von Waren zu Dienstleistungen: Da Produktivitätszuwächse im weniger mechanisierbaren Dienstleistungssektor schwerer zu erzielen seien, würden Dienstleistungen im Laufe der Entwicklung teurer und verschlingen proportional mehr von den Niedriglöhnen der dort tätigen Beschäftigten. Dies untergrabe die Dynamik, in der das industrielle Angebot früher seine eigene Nachfrage geschaffen habe, und führe zu einem Überangebot an industrieller Produktionskapazität. Das hatte auch z. B. Fourastié so schon früh als Problem analysiert.

Seaton verweist auf einen Beitrag von *Jamie Merchant* in der Zeitschrift *Brooklyn Rail*. Dieser kritisiert scharf die Anti-China-Politik Bidens, die zu einem globalen Wettbewerb nach unten um Ressourcen und Weltmarktanteile führe, ohne Perspektiven für einen Ausweg aus der von Brenner & Riley skizzierten Stagnation zu eröffnen. Der »Politische Kapitalismus« betreffe nicht nur die USA, sondern sei ein globales Problem – so wie Brenner dies bereits früher analysierte. Die jeweiligen Formen – »Bidenomics in den USA, Deutschlands Industriestrategie 2030, Chinas Made in China 2025, Indiens MII-Initiative (Make in India) und so weiter« – seien »besondere Beispiele für eine einzige strukturelle Transformation der Weltwirtschaft in eine fragmentierte staatskapitalistische Höllenlandschaft.«

Seaton fragt grundsätzlich: »Ist der ›politische Kapitalismus‹ im weiten Sinne der Abhängigkeit der kapitalistischen Profite von der politischen Macht wirklich neu? Sind kapitalistische Ökonomien nicht immer ›politisch konstituiert‹, wobei die Gewinnerzielung immer auf die Komplizenschaft, wenn nicht sogar auf das aktive Eingreifen des Staates angewiesen ist, der die institutionellen Bedingungen

2 *NLR*, 142, Juli/August 2023, <https://newleftreview.org/issues/ii142>

3 Siehe dazu z. B. Brenner, *The Boom & the Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*. VSA, 2003

schaft und durchsetzt, die die nachhaltige Gewinnung von Mehrwert ermöglichen (...)?) Sind die von Riley und Brenner identifizierten politischen Mechanismen des Wohlstandstransfers nach oben – wie Steuererleichterungen und Privatisierungen – wirklich so »neuartig«, und bilden sie tatsächlich ein eigenständiges »Regime der Akkumulation«? Vor allem, so Seaton weiter, bleibe das Verhältnis des Politischen Kapitalismus zum Neoliberalismus unklar; beide schienen zuweilen »nahezu synonym« zu sein. Der Begriff »Politischer Kapitalismus« ist m.E. durchaus vage, die darunter liegende Analyse aber auch nach Ansicht von Seaton wertvoll und differenziert abzuwägen.

Beide hier besprochene *NLR*-Ausgaben enthalten außerdem Beiträge aus den 1960er Jahren, die erstmals in der damaligen italienischen marxistischen Zeitschrift *Il Contemporaneo* veröffentlicht wurden und nun erstmals auf Englisch vorliegen. *NLR* 142 präsentiert daraus Artikel von *Peter Wollen* über das Kino, von *Raymond Williams* über Belletristik und Drama, von *Eric Hobsbawm* über die damalige Gesellschaftsordnung und von *Ralph Miliband* über die Perspektiven der Labour Party. *NLR* 140/141 veröffentlichte einen Aufsatz von dem unlängst verstorbenen Marxisten Tom Nairn (*The Bourgeois Nemesis*).

Die Gründe für diese Retrospektive erläutert die Redaktion wie folgt: »Die Situation in Großbritannien, die damals der Anlass für die Berichterstattung in *Il Contemporaneo* war, ähnelt in mindestens einer Hinsicht sehr der heutigen.« Damals wie heute befinde sich Großbritannien am Ende von dreizehn Jahren Tory-Regierung. Die Regierung von Premier Rishi Sunak sei nicht weniger diskreditiert als die damalige, die Wirtschaft erlahme noch deutlicher und Labour werde bei den nächsten Wahlen 2024 voraussichtlich wieder an die Regierung kommen. Angesichts dieser Perspektive habe Milibands Prognose zu Labour von 1964 heute wenig von ihrer kritischen Schärfe verloren. In sozialer und kultureller Hinsicht habe sich die Gesellschaft jedoch verändert, wie die Lektüre der Texte von Hobsbawm, Williams und Wollen zeige. Die Klassenspaltung des Landes sei nicht mehr dieselbe, die Zusammensetzung der Machthaber und Eliten habe sich geändert. Die Gewerkschaften seien schwächer, die Unterschiede zwischen den Geschlechtern und Ethnien weniger ungleich als in den 1960ern. Aber: »Die wirtschaftliche Notlage Großbritanniens ist gravierender, mit einem Rückgang des Produktivitätswachstums und des Pro-Kopf-Einkommens, der steiler und plötzlicher ist als jeder Rückgang in der Vergangenheit und dessen Ursachen noch zu erforschen sind.«

Klaus Dräger

Berliner Journal für Soziologie: Wie umgehen mit dem Begriff der »Rasse«?

Nach mehr als einem Jahrhundert natur- und sozialwissenschaftlicher Kritik an sogenannten Rassenlehren und an deren Begriff der »Rasse«, versuchen in jüngerer Zeit Vertreterinnen und Vertreter »intersektionaler« Ansätze, einen kritisch gemeinten, zugleich aber affirmativen Rassenbegriff zu etablieren. Zwar bezeichnen sie »Rasse« als »soziale Konstruktion«, dies hindert sie jedoch i.d.R. nicht daran, den Begriff typologisierend und essenzialisierend zu verwenden. Häufig stellen sie die durchaus anfechtbare Behauptung auf, dass US-amerikanische »race« sei weniger rassistisch als »Rasse« im Deutschen.

Vor diesem Hintergrund wird im *Berliner Journal für Soziologie* über den angemessenen sozialwissenschaftlichen Umgang mit dem Begriff »Rasse« diskutiert.¹ Der Hauptbeitrag stammt von dem französischen Soziologen und Bourdieuschüler Loïc Wacquant und wurde zuerst in englischer Sprache in *New Left Review* (Nr. 133/134) veröffentlicht. Wacquant stellt fünf Grundsätze auf: Historisieren, Ausweiten des geografischen Horizonts, Vermeiden einer »Logik der Gerichtsverhandlung«, »Demarkieren« und »Repatriieren« sowie »Disaggregieren«.

Erstens gelte es, den Begriff der »Race« zu historisieren und sich in der Wissenschaft vom überlieferten Glauben an »Rassen« zu distanzieren, d. h. die »Komplicität zwischen Wissenschaft und Alltagsverstand« (12) aufzulösen. »Was ist Race«, fragt Wacquant rhetorisch, »wenn nicht eine Erfindung des kollektiven Glaubens an ihre autonome Existenz, also Rassismus?« (12)

Zweitens müssten der geografische Horizont der Debatte erweitert und die Zentrierung auf den Westen bzw. die USA überwunden werden, indem man Erscheinungsformen außerhalb des »Westens« einbeziehe, etwa den japanischen Rassismus während der Besetzung Koreas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Eine globale Betrachtung zeige, dass »Race« nicht immer etwas mit Hautfarbe zu tun habe, etwa im Falle des Rassismus gegen jüdische, slawische oder irische Bevölkerungsgruppen.

Wacquant zufolge muss man drittens Rassismus objektiv untersuchen und eine »Logik der Gerichtsverhandlung« (15) vermeiden. Er meint damit offenbar, dass man sich nicht mit der moralischen Verurteilung begnügen und diese nicht auf Kosten der Analyse gehen dürfe. Einerseits scheint der Autor hier Objektivität und Parteilichkeit in problematischer Weise einander entgegenzusetzen, andererseits scheint er davon auszugehen, dass letztere durchaus im Dienst der ersten stehen kann.

»Demarkierung« und »Repatriierung« meint viertens einen Prozess, in dem die Wissenschaft zunächst rassistische Überzeugungen ausschließt, um diese dann in einem weiteren Schritt wieder in ihre Modelle einzufügen und als Teil der Gesellschaft zu untersuchen. In diesem Zusammenhang entwirft Wacquant

1 Berliner Journal für Soziologie, Bd. 33, H. 1-2, Juni 2023, <https://link.springer.com/journal/11609/volumes-and-issues/33-1>

ein Kontinuum der »Rassifizierung«, das sich von temporärer und z. T. selbst gewählter Kultur und Ethnizität auf dem einen Pol hin zu dauerhafter, naturalisierter und aufgezwungener »Rasse« auf dem anderen Pol erstreckt (17).

Schließlich plädiert Wacquant fünftens dafür, den »Race«-Begriff zu disaggregieren, d. h. in seine konstitutiven Elemente zu zerlegen und damit die Fundamente »ethnorassistischer Herrschaft« zu enthüllen. Diese seien Kategorisierung, Diskriminierung, Segregation, Ghettoisierung und Gewalt. Hier weist der Autor unter anderem auf die Verbindung von »ethnorassistischer« und Klassenherrschaft in den USA hin, die er an folgendem Beispiel veranschaulicht: »Bei Afroamerikanern ohne Hochschulbildung ist die Wahrscheinlichkeit, eine Gefängnisstrafe abzusitzen, 22-mal höher als bei Schwarzen mit Hochschulbildung, während das Schwarz-Weiß-Gefälle 6 zu 1 beträgt.« (22)

Die kritischen Kommentare von *Martina Löw* und *María do Mar Castro Varela* zu Wacquants Aufsatz zeigen, wie kompliziert die wissenschaftliche Diskussion über »Race« und Rassismus geworden ist. Löw pflichtet Wacquant in vielem bei. Die von ihm vorgeschlagenen Verfahrensweisen sollten »Grundanforderungen an jede kultur- und sozialwissenschaftliche Forschung« sein (35f.). Anders als Wacquant scheint sie aber von sozialkonstruktivistischen Prämissen auszugehen sowie davon, dass es zwischen den Begriffen »Race« und Geschlecht keinen wesentlichen Unterschied in ontologischer Hinsicht gibt und dass sich Geschlecht und Sexismus zueinander verhalten wie »Race« und Rassismus. »So schmerzhaft es ist«, schreibt sie, »Race und Geschlecht (d. h. Rassismus und Sexismus [...]) brauchen wir noch als Beobachtungskategorien.« (41) Leider erläutert sie nicht, was sie darunter genau versteht. Eine Schlussfolgerung aus Wacquants Argumentation könnte doch gerade sein, dass der Begriff »Race« wissenschaftlich ungeeignet ist, weil er eine trügerische Einheit suggeriert, deren Elemente analysiert werden müssen. Die Frage ist doch, welche Funktion dem Rassenbegriff in der Wissenschaft zugeschrieben wird. Wer den Faschismus untersuchen will, muss wissen, dass die Nazis an die Existenz von Rassen glaubten. Das heißt aber nicht, dass man deshalb die Begriffe der »jüdischen« oder der »arischen Rasse« als Beobachtungskategorien übernehmen muss.

Castro Varela geht in ihren Vorbehalten noch sehr viel weiter. Sie befürchtet, man könne nicht mehr über Rassismus sprechen, wenn man »Race« aus dem Vokabular verbanne – doch dies ist weder zwingend noch fordert Wacquant eine solche »Verbannung« des Begriffs. Es erfülle sie »mit Unbehagen, wenn ein europäischer Wissenschaftler wie Wacquant« darauf hinweise, dass »Praxen der Rassifizierung nicht auf Europa« beschränkt seien (48). Aus ihrem Unbehagen wird dann die Unterstellung eines »Ablenkungsmanövers«, als das sein Argument »gelesen werden« könne (49). Weil Wacquant Verkürzungen in der Rassismusdebatte kritisiert, die seines Erachtens aus aktivistischen Kontexten stammen, rückt Castro Varela ihn in einen assoziativen Zusammenhang mit konservativen Kreisen, die einen angeblichen Mangel an Wissenschaftsfreiheit an den Universitäten beklagen. Ihre Kritik mündet in eine generelle und rein subjektive Ablehnung der

Soziologie. Deren Texte seien ihr »oft ein Graus«, repräsentierten sie doch »die kalte Wissenschaft, die die europäische Moderne erst hervorgebracht« habe und die versuche, »undurchdringliche Phänomene« mittels »Tabellen und Diagramme[n] (be-) greifbar zu machen«, Techniken, die sie als »schockierend« empfinde (52). Sie selbst hege »eine Vorliebe für philosophische, historische und literaturwissenschaftliche Herangehensweisen«, die die »Geister« nicht wegredeten, denen es nicht darauf ankomme, »genau zu klassifizieren«, und denen es möglich sei, »das Unerklärliche unerklärlich zu lassen« (53). Man muss sich fragen, ob sich Castro Varela damit nicht wissenschaftsfeindlichen Positionen annähert, geht es in der Wissenschaft doch grundsätzlich darum, das angeblich Unerklärliche durch methodisches Vorgehen eben doch zu erklären.

In seiner Erwiderung bleibt Wacquant nur wenig anderes übrig, als seine Argumente zu wiederholen und weiter auszuführen, wo Löw und Castro Varela diese zu verfehlen scheinen. »Ich möchte ›Race‹ als eine *analytische Kategorie* abschaffen, aber selbstverständlich nicht als eine empirische Bezeichnung«, schreibt er (59). Eine analytische Verwendung verleihe dem Begriff »das Gütesiegel der Wissenschaft« und mache diese damit zum »Komplizen bei der andauernden Reproduktion des Glaubens, dass ›Race‹ ein ›Ding‹ da draußen mit einem stabilen Bezugsgegenstand sei«, es gehe darum, ›Race‹ »als *explanandum* zu entpacken statt sie als *explanans* aufzufassen« (62).

Michael Zander